

1 **Antrag 01**
2 **an die 25. Landesdelegiertentagung des EAK der CDU Nordrhein-Westfalen**

3
4 **Antragsteller: EAK Bezirk Niederrhein, EAK Landesvorstand**
5

6 **Die Landesdelegiertentagung möge beschließen:**
7

8 **Die Arbeit nationaler Gedenkstätten ideell und finanziell sichern**
9

10 Der EAK der CDU NRW macht sich die fortgeschriebene Gedenkstättenkonzeption zu
11 eigen, die der Deutsche Bundestag am 13. November 2008 mit großer Mehrheit gegen die
12 Stimmen der Linkspartei angenommen hat*. Angesichts der doppelten Diktaturerfahrungen
13 der Deutschen hält der EAK NRW es für geboten, neben den Opfern von NS-Terrorherr-
14 schaft, Holocaust und Vernichtungskrieg gleichfalls in angemessener Weise der Opfer der
15 kommunistischen Diktatur unter dem Besatzungsregime der SBZ und in der DDR zu
16 gedenken.
17

18 Dazu ist neben einer ideellen Ermutigung der engagierten ehrenamtlichen Helfer, unter
19 denen weiterhin zahlreiche Opfer der Unrechtsregime zu finden sind, auch eine langfristig
20 gesicherte finanzielle Ausstattung der Gedenkstättenarbeit sowie die Erhaltung der
21 baulichen Substanz der Gedenkstätten erforderlich.
22

23 Daher fordert der EAK NRW die Mitglieder der CDU in allen Parlamenten
24 nachdrücklich auf, sich für eine solide und bedarfsgerechte Finanzierung der
25 Gedenkstättenarbeit einzusetzen. Der Versuch, einen Schlusstrich unter Erinnern und
26 Aufarbeiten zu ziehen, ist gegenüber beiden Diktaturen ansatzweise verfehlt.
27

28 **Begründung:**

29 Jeder Generation muss eine „Kultur des Erinnerns, Gedenkens und Ermahnens“ neu ver-
30 mittelt werden, damit sie aus der Geschichte lernen und diese verstehen kann. Dazu bietet
31 die Gedenkstättenarbeit einzigartige Bezugspunkte, sodass sich für sie vielfältige
32 Aufgaben ergeben: die wissenschaftliche Erforschung der historischen Fakten; ein
33 Bildungs- und Aufklärungsauftrag; die Zusammenarbeit mit Schulen,
34 Bildungseinrichtungen und Museen; die Entwicklung eigener pädagogischer Angebote;
35 Projektarbeit etc. Dies setzt eine entsprechende finanzielle Ausstattung mit Personal- und
36 Sachmitteln voraus.
37

38 Den Versuchen der Linkspartei, die Erinnerung an kommunistisches Unrecht zu
39 verdrängen, ist ebenso entschlossen entgegenzutreten wie allen Versuchen der
40 Relativierung der Untaten des NS-Regimes. Vielmehr ist die von den Gedenkstätten
41 geleistete Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit – insbesondere mit Zielrichtung auf die
42 nachkommenden Generationen – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die der Staat
43 – nicht zuletzt gegenüber den Opfern – auch hinsichtlich der Finanzierung eine besondere
44 Verantwortung trägt. Bei aller Wertschätzung ehrenamtlichen Einsatzes darf sie daher
45 auch im Zeichen knapper Kassen nicht allein dem privaten gesellschaftlichen Engagement
46 anheimgestellt werden.
47

48 *: Bezug: Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien:
49 Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. „Verantwortung wahrnehmen,
50 Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“, Dt. BT Drs. 16/9875 vom 19.6.2008,
51 Ausschussbericht: Drs. 16/10565 vom 13.10.2008, Debatte und Beschluss: PIPr 16/187 vom
52 13.11.2008, S. 20086-20095.